Academia Marburgensis

Band 11

Academia Marburgensis

Beiträge zur Geschichte der Philipps-Universität Marburg

Begründet von Walter Heinemeyer, Thomas Klein, Hellmut Seier

Herausgegeben von der Philipps-Universität Marburg

Redaktion:
Theo Schiller
Gerhard Aumüller, Jochen-Christoph Kaiser, Wilhelm E. Winterhager

Band 11

Die Idee der Universität heute

Herausgegeben
von
Ulrich Sieg und Dietrich Korsch

K · G · Saur München 2005

Gedruckt mit Unterstützung der
Philipps-Universität Marburg

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über *http://dnb.ddb.de* abrufbar.

Foto auf dem Umschlag: Kollage der Philipps-Universität Marburg

Gedruckt auf säurefreiem Papier

© 2005 by K. G. Saur Verlag GmbH, München
Alle Rechte vorbehalten
Jede Art der Vervielfältigung ohne Erlaubnis des Verlags ist unzulässig

Satz: Heike Mevius, Marburg
Druck & Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Printed in Germany
ISBN 3-598-24573-4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Ulrich Sieg
Humboldts Erbe.
Eine Einleitung 9

Peter Moraw
Die Universitäten in Europa und Deutschland.
Anfänge und erste Schritte auf einem langen Weg 25

Rüdiger vom Bruch
Universitätsreform als Antwort auf die Krise.
Wilhelm von Humboldt und die Folgen 43

Gangolf Hübinger
‚Schmiede von Nobelpreisträgern' oder ‚Untertanenfabrik'?
Idee und Institution der deutschen Universität um 1900 57

Wolfgang Kraushaar
Fortschritt, Bildung und Demokratie.
Die Massenuniversität im Zeichen der Gesellschaftskritik
von 1968 73

Konrad H. Jarausch
Amerika – Alptraum oder Vorbild?
Transatlantische Bermerkungen zum Problem der
Universitätsreform 87

Jürgen Oelkers
Die Idee der Bildung im Zeitalter der Globalisierung 103

Rudolf Stichweh
Neue Steuerungsformen der Universität und die
akademische Selbstverwaltung.
Die Universität als Organisation 123

Max Kaase
Die International University Bremen (IUB) – ein deutsches
Hochschulexperiment 135

Ulrich Gäbler
Universität als Unternehmen? 151

Michael Göring
Die öffentliche Universität und ihre Privatförderer 159

Dietrich Korsch
Pfade aus der Unvernunft.
Differenzierte Entwicklungsmöglichkeiten deutscher
Universitäten 171

Autorenverzeichnis 179

Vorwort

Die Beiträge dieses Bandes gehen auf das Bedürfnis der Philipps-Universität Marburg zurück, sich an einer markanten Zäsur im nie endenden Reformprozeß der deutschen Universität einiger Leitlinien ihrer zukünftigen Entwicklung zu vergewissern. Dazu greifen sie auf exemplarische Konstellationen der Universitätsgeschichte zurück, die in praktischer Absicht dargestellt und erörtert werden. Gleichzeitig blicken sie in kontroverse Handlungsfelder der Gegenwart hinein, um deren Logik besser zu verstehen. Alle Vortragenden dürften die Überzeugung geteilt haben, daß die Umgestaltung der deutschen Universität ohne die reflexive Begleitung durch diese selbst nicht zukunftsträchtig vorgenommen werden kann.

Die Texte, die hier versammelt vorliegen, sind in zwei Ringvorlesungen in der Alten Aula der Philipps-Universität im Wintersemester 2001/02 und im Sommersemester 2002 vorgetragen worden. Diese Veranstaltungsreihe ist durch das Präsidium der Universität, namentlich den seinerzeitigen Präsidenten, Prof. Dr. med. Horst Franz Kern, und durch den damaligen Hochschulrat der Universität, insbesondere seinen Vorsitzenden, den Generalsekretär der Volkswagen Stiftung, Dr. Wilhelm Krull, angeregt, begleitet und gefördert worden. Kurz nach Ende des Sommersemesters 2002 entstanden andere Rahmenbedingungen für die Philipps-Universität, weil ein neuartiges Budgetierungsmodell für die hessischen Hochschulen zur Anwendung kam. Es lenkte die universitären Energien von zukunftsorientierter Planung auf das Umgehen mit restriktiven Einsparungen. Möglicherweise ist jetzt die Zeit gekommen, sich an die in diesem Buch veröffentlichten Perspektiven erneut zu erinnern.

Für die Aufnahme des Bandes in die Reihe „Academia Marburgensis" danken wir herzlich Herrn Prof. Dr. Theo Schiller, Herrn Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser, Herrn Prof. Dr. Gerhard Aumüller und Herrn Prof. Dr. Wilhelm E. Winterhager. Ohne den Druckkostenzuschuß der Universität, für den wir bei knappen Kassen insbesondere Herrn Kanzler Bernd Höhmann ganz besonders dankbar sind, hätte der Band nicht publiziert werden können. Frau Heike Mevius vom Fachbereich Evangelische Theologie hat die Redaktion der Beiträge und den Satz der Manuskripte in inzwischen bewährter Souveränität übernommen; dafür danken wir ihr lebhaft.

Marburg, im Januar 2005

Ulrich Sieg Dietrich Korsch

Humboldts Erbe

Eine Einleitung

Ulrich Sieg

Die deutsche Universität befindet sich in der Krise. Die Reformeuphorie der 68er-Ära ist längst der Enttäuschung über die materielle Auszehrung und politische Marginalisierung der Hochschulen gewichen. Kaum zufällig wurde Dietrich Schwanitz' Roman „Der Campus", der menschliche Überforderung und Bosheit in einer verwahrlosten Universitätswelt schildert, zu einem der erfolgreichsten Bücher der neunziger Jahre. Gewiß bot das Werk ein satirisch zugespitztes Bild der Wirklichkeit, doch seine Resonanz erklärte sich aus den vielfältigen Anknüpfungspunkten zur real existierenden Hochschulwelt. Zu ihren konstituierenden Merkmalen gehört die Überbelegung vieler Studiengänge, ein Gestrüpp wissenschaftsfeindlicher bürokratischer Bestimmungen sowie ein fahrlässiger Umgang mit der knappen Ressource Zeit. Vielleicht am wichtigsten ist die im internationalen Vergleich markant hervortretende Unterfinanzierung der Hochschulen.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft bezifferte in seiner Antrittsrede 2001 das Defizit der deutschen Forschungsausgaben im Vergleich zu Japan oder den USA auf jährlich zwanzig Milliarden Euro.[1] Die ausufernde Diskussion über ein deutsches Harvard illustriert vor allem die Realitätsferne jener Politiker, die in wenigen Jahren die Versäumnisse von Jahrzehnten aufholen wollen, ohne „elementare ökonomische Fakten [zu] kennen". Ausdrücklich betonte jüngst der Rektor der Bonner Universität, daß ihm pro Student nicht einmal ein Sechzigstel der in Harvard üblichen Summe zur Verfügung stehe. Von einem Handlungsspielraum, den ein Stiftungsvermögen in Milliardenhöhe und großzügige private Spenden eröffnen, kann man hierzulande nur träumen.[2] Und damit ist noch kein Wort über kulturelle Ge-

---

* Für sorgfältige Kritik, menschliche Ermunterung und sachliche Unterstützung danke ich Anne Chr. Nagel, Ewald Grothe, Reinhard Mehring und Rembert Unterstell. Eine Kurzfassung erschien unter dem Titel „Eine Prise Stolz. Das Erbe Wilhelm von Humboldts zwischen Betriebswirtschaft und Politikerrhetorik", in Forschung & Lehre 11/2004, S 608 f.

1 Hans-Olaf Henkel, Wissenschaft in Not. Mehr Freiheit, mehr Geld und mehr Wettbewerb – Wie deutsche Forschung und Bildung international wieder einen Spitzenplatz besetzen können, in: DIE ZEIT Nr. 46 von 8. November 2001, S. 38. Ähnlich aussagekräftig: Wilhelm Krull, Deutsche Universitäten an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Ungedruckter Vortrag anläßlich des Dies Academicus der Universität Ulm am 4. Februar 2002, S. 5, in dem konstatiert wird, daß sich die staatlichen „Ausgaben pro Student seit Mitte der 70er Jahre" nahezu „halbiert" haben.

2 Klaus Borchard, „All diese schöne Innovationsrhetorik". Über die Widersprüche der Wissenschaftspolitik, in: Forschung & Lehre 1/2004, S. 16f. Vgl. ferner Friedrich Wilhelm Graf, Rückwärts mit Tempo fünfzig auf die Überholspur. Elite ist die deutsche Dauerillusion: Die Bildungspolitik ergreift statt Möglichkeiten nur Phrasen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 11 vom 14. Januar 2004, S. 33; dort auch das letzte Zitat.

pflogenheiten und politische Rahmenbedingungen gesagt, auf die eine Elite-Universität nun einmal angewiesen ist.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind besonders intensiv von den Problemen des deutschen Hochschulwesens betroffen. Schon seit längerem als „Luxusfächer" mißtrauisch beäugt, stehen sie in einer Zeit dominanter Kosten-Nutzen-Kalküle unter verschärftem Legitimationszwang.[3] Partiell mag es sich auch um hausgemachte Probleme handeln. Manch ein Gelehrter dürfte sich zu lange auf den Nimbus der „Bildung" und die Förderenergie des Staates verlassen haben, ohne überzeugende Legitimationsstrategien für Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Aller Rekurs auf ökonomischen oder sozialen Nutzen hilft jedoch „Orchideenfächern" wie der Sinologie wenig, die ungeachtet ihrer wachsenden Bedeutung im Zeitalter der Globalisierung mit dem Sparwillen der öffentlichen Kassen rechnen müssen. So plausibel die Argumente für eine nachhaltige Förderung der Geisteswissenschaften auch sein mögen, sie haben bei den kurzfristigen Planungshorizonten der Politik einen schweren Stand. Bezeichnenderweise ähneln sich die Krisenszenarien unterschiedlicher Fächer oft ebenso wie die vorgeschlagenen Lösungskonzepte.[4]

Die Last des deutschen Universitätssystems trägt vor allem der Mittelbau, wie sich an der Verschlechterung der Relation zwischen Studierenden und Lehrenden seit Beginn der 1980er Jahre ablesen läßt. Paradoxerweise ist diese Situation auch eine Konsequenz der erfolgreichen Anwendung Humboldtscher Prinzipien. Wie der Historiker Dieter Langewiesche dargelegt hat, reagierte die vielfach geschmähte „Massenuniversität" ausgesprochen flexibel auf die Schließung des Arbeitsmarktes für Lehrer. Die Magisterstudiengänge vermittelten nicht nur wichtige Expertisen für das Erwerbsleben, sondern setzten auch einen in Qualität und Quantität neuartigen wissenschaftlichen Wettbewerb in Gang.[5] Gerade die soziale Öffnung der Universitäten führte bei Examensarbeiten, Dissertationen und Habilitationen zu einem erheblichen Niveauanstieg. Schon bald stand die egalitäre Programmatik der Hochschulreformer in bemerkenswertem Kontrast zur produktiven innerwissenschaftlichen Konkurrenz und dem Bedürfnis junger Forscher nach Exzellenz.[6] Als Zukunftsperspektive für eine ganze Generation mußte freilich das massiv unterfinanzierte deutsche Hochschulwesen überfordert sein. Angesichts der geringen Zahl akademischer Dauerstellen sehen viele Angehörige der geburtenstarken Jahrgänge

---

[3] Aus der Literatur sei lediglich auf zwei neuere Sammelbände verwiesen, die einen guten Überblick über die Breite der Debatte geben: Klaus Stüwer/Gregor Weber/Helmut Witeschek (Hg.), Geisteswissenschaften und Wissenschaftspolitik an der Schwelle zum dritten Jahrtausend, Opladen 1999; Florian Keisinger/Steffen Seischab (Hg.), Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige Debatte. Mit Beiträgen von Roland Berger u.a., Frankfurt am Main 2003.

[4] Vgl. Ulrich Sieg, Wie sich die Bilder gleichen. Der Historiker Ulrich Sieg über die Diskussion des Habilitiertenproblems in der Philosophie, in: Information Philosophie, März 2001, S. 86–89. Allgemein zur Planungsunsicherheit in den Geisteswissenschaften: Dan Diner, Cultural Engineering – Oder die Zukunft der Geisteswissenschaften, in: Dorothee Kimmich u. Alexander Thumfart (Hg.), Universität ohne Zukunft, Frankfurt am Main 2004, S. 70–79.

[5] Dieter Langewiesche, Humboldt ist lebendig. Geisteswissenschaften an der Massenuniversität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 300 vom 21. Dezember 1995, S. 31.

[6] Vgl. die engagierten Ausführungen von Hauke Brunkhorst, Die Universität der Demokratie, in: Dorothee Kimmich/Alexander Thumfart (Hg.), Universität ohne Zukunft, Frankfurt am Main 2004, S. 80–96, hier S. 91.

mittlerweile einer ungewissen Zukunft entgegen.[7]
Das Ausmaß der Verunsicherung unter jüngeren Wissenschaftlern zeigte sich bei der Debatte um die 5. Novellierung des Hochschulrahmengesetzes. Vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften wurde die Juniorprofessur, welche nach dem Willen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die klassische Assistenz ersetzen soll, von den Betroffenen skeptisch aufgenommen. Ihre Befürchtungen gingen dahin, daß die zunehmende Beanspruchung in Verwaltung und Lehre nicht genügend Zeit für die nach wie vor obligate Forschungsleistung lasse. Erste Erfahrungen legen nahe, daß diese Annahme nicht aus der Luft gegriffen war, zumal die Hochschulen die Gelder des Ministeriums für Bildung und Forschung gern „als Mitnahmegewinn" ansehen.[8] Besonders heftig war der Protest angesichts der neuen Befristungsregelung, die nur noch eine zwölfjährige Tätigkeit auf Zeitvertragsstellen vor der Professur gestattet. Das aus dem Bundesbildungsministerium stammende Wort von der „Verschrottung" einer Wissenschaftlergeneration machte die Runde und sorgte insbesondere an den Universitäten mit hohem Drittmittelaufkommen für Empörung. Immer wieder wurde die These geäußert, das Ministerium wolle mit der juristischen Erschwerung von Zeitverträgen die unzureichend finanzierten und deshalb überforderten Juniorprofessoren gegen unliebsame Konkurrenz schützen.[9] „Alte Hasen" des Wissenschaftsbetriebs wie der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler fühlten sich zudem an die Einrichtung der Assistenzprofessur erinnert: ein Reformprojekt der 68er-Generation, das, ohne nennenswerte Spuren zu hinterlassen, schon vor längerer Zeit eingestellt wurde.[10]
Mittlerweile hat sich der Protest gelegt bzw. stehen als Folge der maroden Länderfinanzen neue Probleme auf der Tagesordnung. Zu den Hauptschwierigkeiten der Hochschulpolitik zählt nach wie vor die Kluft, die sich zwischen kühnen Reformentwürfen und tristem Universitätsalltag auftut. Angesichts des Volumens festgelegter Gelder treffen die Sparzwänge beinahe stets jene jüngeren Wissenschaftler, die das Zukunftspotential der deutschen Universität verkörpern.[11] Die Abkommen zwi-

---

7 Als Fallstudie instruktiv: Hans-Joachim Lincke/Sylvia Paletschek, Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses im Fach Geschichte: Berufungsaussichten und Karrierestadien von Historikern und Historikerinnen an deutschen Universitäten. Ergebnisse einer Erhebung im Jahr 2002, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2002, hg. von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, München 2003, S. 45–56. Das gesamte Datenmaterial ist im Internet unter hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/daten/2002/lincke_paletschek_2002.pdf abrufbar.

8 So pointiert Jürgen Kaube, Schlechte Zeiten, Kameradin. Wer eine Leine erfindet, die abfällt, wenn der Hund bellt, hat nicht Pech mit den Hunden gehabt: Edelgard Bulmahns „Juniorprofessur", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 149 vom 1. Juli 2003, S. 35.

9 Vgl. den auslösenden Artikel von Ulrich Herbert, Die Posse. Massenentlassungen werden ausgegeben als Hochschulreform, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 7 vom 9. Januar 2002, S. 13, sowie Anne Chr. Nagel / Ulrich Sieg, „Von der Marginalisierung zur ‚Verschrottung' ", in: H-soz-u-kult vom 15. Januar 2002.

10 Hans-Ulrich Wehler, Auf die freie Wildbahn geschickt. Kahlschlag: Wie das Bundesbildungsministerium die Zukunft von jungen Wissenschaftlern aufs Spiel setzt, In: DIE ZEIT Nr. 6 vom 21. Januar 2002, S. 38. Leicht erweitert unter dem Titel „Bulmahns Berufsverbot: Ab in die Pisa-Universität", in: ders., Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Essays, München 2003, S. 71–79.

11 Vgl. die Stellungnahme des Theologen Friedrich Wilhelm Graf zu den Kürzungsbeschlüssen der bayerischen Landesregierung in: Forschung & Lehre 1/2004, S. 11.

schen Landesregierungen und Hochschulleitungen, die Planungssicherheit versprechen sollen, sind oft bereits kurz nach der Unterzeichnung antiquiert. Daß sich die anstehenden Probleme in vielen Bundesländern und Regierungskonstellationen ähneln und keineswegs mehr umstandslos parteipolitisch zurechnen lassen, erhöht die Verunsicherung an den Universitäten weiter.

Kaum zufällig ist in den Diskussionen zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Studenten ein hohes Maß an Entfremdung spürbar. Zwar besteht ein gewisser Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit von Evaluierungen, doch im Detail gehen die Vorstellungen weit auseinander. Unter Wissenschaftlern wird vor allem die konkrete Durchführung der Beurteilungsverfahren kritisiert, die eher Eigenarten des betriebswirtschaftlichen Berechnungswesens als sachlich gebotenen Kriterien folge. Mancher Spitzenforscher brachte überdies zum Ausdruck, er wolle von einer hypertrophen Wissenschaftsbürokratie nicht gegängelt werden. Der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke hält es sogar für erwiesen, daß ein „immer engmaschigere[s] Netz von Evaluationen und Gegenevaluationen" lediglich einen „Aggregatzustand betriebsamer Konformität" hervorbringen könne.[12] Allein, so einleuchtend die bürokratiekritischen Argumente auch sein mögen, im Zeichen von „Bologna" stehen umfassende Reformen des Hochschulwesens an. Die europaweite Vereinheitlichung von Studiengängen und -abschlüssen wird ohne effektive Hochschul- und Wissenschaftsverwaltungen nicht ins Werk zu setzen sein.[13] Um so dringlicher stellt sich aber auch die Frage, welche Elemente der deutschen Bildungstradition bewahrenswert und zukunftsfähig sind.

Beinahe alle Institutionen und Kernbegriffe der Humboldtschen Universität stehen gegenwärtig zur Disposition. Die „Freiheit von Forschung und Lehre" ist ebenso umstritten wie das Institut des Privatdozenten oder die vormals gern beschworene „Einsamkeit und Freiheit" des an einem größeren Werk arbeitenden Gelehrten. Auch das Kollegialitätsprinzip oder die universitäre Selbstverwaltung verstehen sich nicht mehr von allein. Vielleicht am gravierendsten ist die Auflösung der Bildungsidee, die kaum noch bindende Kraft für Schule und Universität zu entfalten vermag.[14] Die Beschwörung der „Bildung" in Sonntagsreden zeigt primär einen Verlust an, mit dem man sich ungeachtet aller ritualisierten Klagelaute bereits abgefunden zu haben scheint. Die geringe Attraktivität, die dem Bildungsgedanken gegenwärtig in Deutschland zugesprochen wird, mag eine Episode aus der Welt des Feuilletons illustrieren.

In einem schwungvoll geschriebenen Artikel für DIE ZEIT hatte Michael Naumann der Kommission zur „Strukturreform der Hamburger Hochschulen", die das geisteswissenschaftliche Fächerangebot in der Hansestadt halbieren wollte, Schützenhilfe gegeben. Zu diesem Zweck hatte der ehemalige Kulturstaatsminister mächtiges Geschütz aufgefahren. Er sprach vom „millenarische[n] Hochmut" der Bildungsidee,

---

[12] Albrecht Koschorke, Wissenschaftsbetrieb als Wissenschaftsvernichtung. Einführung in die Paradoxologie des deutschen Hochschulwesens, in: Dorothee Kimmich u. Alexander Thumfart (Hg.), Universität ohne Zukunft, Frankfurt am Main 2004, S. 142–157, hier S. 151.

[13] Zum Ausmaß der anstehenden Veränderungen: Wissenschaftsrat (Hg.), Stellungnahme und Empfehlungen 2000: Beschäftigungssystem Hochschulbildung – Studienreform, Köln 2000.

[14] Dazu aufschlußreich: Clemens Albrecht, Universität als repräsentative Kultur, in: Erhard Stölting / Uwe Schimank (Hg.), Die Krise der Universitäten, Opladen 2001, S. 64–80.

die eine unheilvolle Rolle in der deutschen Geschichte gespielt habe, und erinnerte an die Abgründe des „nationalistischen Größenwahn[s]". Ohne sich allzu lange mit Details zu plagen, attestierte Naumann dem Bürgertum, es sei seiner eigenen Überhöhung der Bildung auf den Leim gegangen und habe deshalb eine schroff antiwestliche Haltung eingenommen. Letztlich lasse sich ein „deutscher Sonderweg" hochmütiger Politikferne seit den Tagen Meister Eckharts nachweisen, dessen verhängnisvolle Wirkung bis in die Gegenwart reiche.[15]

Es hätte nahegelegen, daß Naumanns pointiert zugespitzte Argumentation eine öffentliche Debatte provoziert. Doch kein Angehöriger der deutschen Universität schien für die positiven Eigenheiten des Bildungsgedankens streiten zu wollen. So blieb es dem Oxforder Emeritus Hans Hahn vorbehalten, für den Wert der Bildung das Wort zu ergreifen. Nachdrücklich stellte er heraus, daß die von Naumann beklagte Frontstellung zwischen Natur- und Geisteswissenschaftlern im späten 19. Jahrhundert nicht bestanden habe, die sich in der Anerkennung der Humboldtschen Allgemeinbildung einig wußten. Der Oxforder Gelehrte betonte die freiheitlichen Aspekte in Schillers Bildungskonzept und unterstrich, in welchem Ausmaß gerade das Bürgertum auf eine politische Öffentlichkeit angewiesen sei und an ihrem Zustandekommen mitwirke. Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts brauche man den mündigen Bürger. Dessen Bildung dürfe sich nicht im Konsumieren bloßen Wissens erschöpfen, wie das bei einem instrumentalisierten Verständnis von „Education" leicht der Fall sei.[16] Dies ist gewiß ein idealistischer Standpunkt, aber er zeigt doch, welcher Bedeutungsreichtum der Bildungsidee innewohnen kann.

In historischer Perspektive handelt es sich bei der Forschungsuniversität um den wichtigsten „Exportartikel" des deutschen Wissenschaftssystems. Die Humboldtschen Vorstellungen prägten die nordamerikanischen Ivy-League-Universitäten, die gegenwärtig als Maß der Dinge für erfolgreiche Eliteförderung betrachtet werden. In den Vereinigten Staaten, aber auch in vielen anderen Ländern galt die deutsche Universität um 1900 als vorbildhaft und stiftete Wissenschaftskontakte, die zum Teil bis heute nachwirken.[17] Nicht zuletzt unter den Beitrittsländern der Europäischen Union besitzt der Name „Humboldt" einen guten Klang, und es dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß sein Erbe zu den integrierenden Bestandteilen Europas gehört. Der ehemalige polnische Außenminister Bronislaw Geremek beschrieb die Universität sogar als „unveränderliche ‚Bundeslade' zwischen neuen und alten Zeiten".[18] Betrachtet man freilich ihre wechselvolle Geschichte genauer, so erkennt man, wie tief diese traditionsreiche Einrichtung – ungeachtet aller begrifflichen Kontinuitäten – von gesellschaftlichen, politischen und religiösen Veränderungen geprägt wurde. Herausgehobene Bedeutung für den Staat gewann die Universität

---

[15] Michael Naumann, Bildung – eine deutsche Utopie. Wie ein Begriff der mittelalterlichen Mystik zum Generalthema der Pädagogik wurde und warum wir uns davon nicht erholt haben, in: DIE ZEIT Nr. 50 vom 4. Dezember 2003, S. 45.

[16] Hans Hahn, Romantische Ironie [Leserbrief], in: DIE ZEIT Nr. 52 vom 17. Dezember 2003, S. 18.

[17] Hierzu einschlägig: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), Humboldt international. Der Erfolg des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001.

[18] Bronislaw Geremek, Die Idee der Universität. Eine Reflexion, in: Forschung & Lehre 1/2003, S. 18–21, hier S. 18.

seit der Französischen Revolution, die sowohl dem geschichtsphilosophischen Fortschrittsdenken als auch dem Ideal voraussetzungsloser Wissenschaft Vorschub leistete.

Bezeichnenderweise entwarf Immanuel Kant seine Vorstellung einer Forschungsuniversität als Reaktion auf gezielte Übergriffe des preußischen Königs. Seine berühmte Schrift zum Streit der Fakultäten war nicht zuletzt eine Antwort auf die „kirchenpolitisch oder religiös motivierte Staatsintervention in die akademische Publikationsfreiheit".[19] Die Universitäten in Fachhochschulen zu verwandeln, hielt Kant prinzipiell für nicht ratsam, weil dies die Selbständigkeit wissenschaftlichen Denkens unzulässig beschränke. Sein Argument für die Verteidigung der universitären Autonomie lautete schlicht: „[Ü]ber Gelehrte, als solche, können nur Gelehrte urteilen".[20] Statt auf ausgefeilte staatliche Unterrichtspläne baute Kant auf die fruchtbaren Impulse freier Forschung für den menschlichen Erkenntnisfortschritt und wertete die Philosophische Fakultät entscheidend auf. Ihrer Wahrheitsorientierung maß er größere Bedeutung zu als dem anwendungsbezogenen Wissen der drei höheren Fakultäten Theologie, Jura und Medizin.

An Kants Konzept zweckfreier Forschung knüpfte Wilhelm von Humboldt an, dessen Universitätsidee auf die „Bildung durch Wissenschaft" vertraute. Inspiriert von den methodologischen Überlegungen Schleiermachers, entwickelte Humboldt seine Vorstellung von der Erziehung des Menschen durch ergebnisoffene Wissenschaft. Die Verbindung von Forschung und Lehre betrachtete er als ebenso selbstverständlich wie die Verbindung von Universität und Universalität. Humboldt hatte das Glück, daß der Staat seine Vorstellungen durch organisatorische Hilfen und großzügig bemessene Berufungsmittel unterstützte.[21] Im deutschen Diskussionsklima, das durch die Vorherrschaft utilitaristischer Erwägungen gekennzeichnet ist, fallen seine Ideen derzeit auf steinigen Boden. Hochschulpolitiker haben für gewöhnlich die Verbesserung der Lehre und die Verkürzung der Ausbildungszeiten auf ihre Fahnen geschrieben. Nicht wenige bestreiten den didaktischen Nutzen der Forschung und hätten sie gern auf außeruniversitäre Institute beschränkt.[22] Im 19. Jahrhundert herrschte hingegen ein stärkeres Vertrauen in den Wert der Wissenschaft. Ihre Leistungen betrachtete man als unerläßliche Voraussetzung gesellschaftlichen Reichtums, und im Konkurrenzkampf der Nationen schien beinahe jede Anstrengung gerechtfertigt.

Freilich sollte die Wirkung der Humboldtschen Ideen in Deutschland auch nicht überschätzt werden. Insbesondere die jüngere Forschung hebt hervor, daß der Name „Humboldt" häufig nur ein Etikett für divergente universitätsgeschichtliche Phäno-

---

19 Dies betont: Reinhard Brandt, Universität zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Kants „Streit der Fakultäten". Mit einem Anhang zu Heideggers Rektoratsrede, Berlin 2003, S. 164.

20 Immanuel Kant, Der Streit der Fakultäten, in: ders., Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Bd. 1, hg. von Wilhelm Weischedel, 4. Aufl. Frankfurt am Main 1982 (Immanuel Kant Werkausgabe, Bd. 11), S. 261–368, hier S. 279.

21 Dazu in prägnanter Kürze: Rüdiger vom Bruch, Am Anfang war keine Elite, sondern eine Idee. Eine (un)maßgebliche Reminiszenz an die Universitätsgründung 1810, in: Forschung & Lehre 3/2004, S. 136f.

22 Vgl. den kritischen Kommentar von Jürgen Mittelstraß, Universität und Universalität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 10 vom 13. Januar 2004, S. 8.

mene war. [23] Cum grano salis trifft dies auch für die föderal verfaßte Hochschullandschaft im Deutschen Kaiserreich zu, die nicht nachträglich borussifiziert werden sollte. Ungeachtet aller zeitenthobenen Rhetorik war das „Wesen" der deutschen Universität stets ein Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Selbst prima facie so unverfängliche Anlässe wie Rektoratsreden wurden als Gelegenheit zu weltanschaulicher Positionierung und wissenschaftspolitischer Einflußnahme genutzt.[24] Auf dieser Linie liegt es, daß gerade die „Vordenker" der deutschen Wissenschaftswelt ihre Vorstellung der Universität sorgfältig ausgearbeitet und mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit vertreten haben. Zwei für die deutsche Entwicklung des 20. Jahrhunderts besonders wichtige Entwürfe seien im folgenden kurz vorgestellt. Sie veranschaulichen die Verletzbarkeit und die Würde der Uni-versitätsidee, die intensiver auf kulturelle „Großwetterlagen" zu reagieren pflegt als die feierliche Sprache ihrer Befürworter suggeriert.

Nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs veröffentlichte Karl Jaspers 1923 seine Schrift „Die Idee der Universität", welche sich um eine Wiederbelebung neuhumanistischer Ideale bemühte. Hierfür sei es erforderlich, die Bildungspotentiale der Wissenschaft in vollem Umfang auszuschöpfen. Dies bedinge eine intensivierte Kommunikation, die dem schöpferischen Individuum vielfältigen Entfaltungsspielraum biete.[25] Folglich dürfe sich die Universität nicht auf die fachliche Ausbildung beschränken, sondern müsse ein Ort intellektueller Begegnung sein. Staatliche und gesellschaftliche Forderungen hätten hingegen hinter der zentralen Aufgabe geistigen Austauschs zurückzutreten.

Große Wichtigkeit maß Jaspers der Auswahl des akademischen Nachwuchses zu. Hierbei müsse besondere Vorsicht walten, weil jede Form der Regulierung den individuellen Charakter geistigen Seins vernachlässige. Primär erforderlich sei, „daß noch ganz individuelle, unberechenbare Lebensläufe möglich sind, daß Menschen noch auf eigene Gefahr Neues wagen können".[26] Im Kern müsse ihre forscherische Tätigkeit philosophisch motiviert sein, da nur dies den Wert der Wissenschaft verbürgen könne. Dem korrespondiert ein starker Begriff studentischer Freiheit, die ih-

---

[23] So prononciert: Sylvia Paletschek, Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183–205. Moderater: Rüdiger vom Bruch, Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1810–1945, in: Mitchell G. Ash (Hg.), Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien, Köln u. Weimar 1999, S. 29–57.

[24] Vgl. den informativen Artikel von Bernd A. Rusinek, Magnifizenz hatte Sorgen. Das „Hoch" der Hochschule, die „universitas" der Universität, der „Geist" der Geisteswissenschaften waren Themen der Universitätsreden im 19. Jahrhundert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 279 vom 30. November 2002, S. 39.

[25] Karl Jaspers, Die Idee der Universität, Berlin 1923, S. 36–40.; eine weiterführende Interpretation dieser Schrift bietet: Reinhard Mehring, Universitätsidee und Philosophiebegriff bei Max Weber /Karl Jaspers/Martin Heidegger, in: Philosophisches Jahrbuch 105 (1998), S. 370–381, hier S. 374f. Generell zu Humboldts Wirkung im 20. Jahrhundert: Hedwig Kopetz, Forschung und Lehre. Die Idee der Universität bei Humboldt, Jaspers, Schelsky und Mittelstraß, Wien 2002.

[26] Jaspers, Die Idee der Universität (wie Anm. 25), S. 33.

ren Zielpunkt gleichfalls in der Wissenschaft finden soll.[27] Dies war ein ausgesprochen idealistisches Bild der Universität und ihrer Aufgaben in einer in vielerlei Hinsicht schwierigen Zeit. Bezeichnenderweise blieb die Frage nach den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ungestellt. In starker Abgrenzung zu Jaspers' Überlegungen entwickelte Martin Heidegger ein Jahrzehnt später die Vorstellung einer radikal politisierten Universität.

Heideggers Freiburger Rektoratsrede vom 27. Mai 1933 stieß zeitgenössisch auf große Aufmerksamkeit und hat immer wieder das Interesse der Historiker geweckt.[28] Als philosophischer Text und als ideenpolitische Positionierung wurde sie indes lange Zeit unterschätzt. Tatsächlich handelt es sich um einen sorgfältig komponierten Vortrag, dessen programmatischer Charakter den Ehrgeiz des Philosophen bekundet. Schon der Titel „Die Selbstbehauptung der deutschen Universität" läßt aufhorchen, doch war er keineswegs als Widerspruch gegen die Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten gemeint. Vielmehr plädierte Heidegger für eine „Kampfgemeinschaft der Schüler und Lehrer" und die unbedingte Anpassung der Universität an ein völkisch verstandenes Führerprinzip. „Der Wille zum Wesen der deutschen Universität ist der Wille zur Wissenschaft als Wille zum geschichtlich geistigen Auftrag des deutschen Volkes als eines in seinem Staat sich selbst wissenden Volkes", heißt es in ebenso gebieterischer wie inhaltlich unbestimmter Diktion.[29] Dem korrespondierte eine zumindest partiell antisemitisch codierte Definition von „Geist", der „weder leerer Scharfsinn, noch das unverbindliche Spiel des Witzes, noch das uferlose Treiben verstandesmäßiger Zergliederung, noch gar die Weltvernunft", sondern „ursprünglich gestimmte Entschlossenheit zum Wesen des Seins" sei.[30] Positiv forderte Heidegger die Gleichrangigkeit von „Arbeitsdienst, Wehrdienst und Wissensdienst" und knüpfte damit an antike Traditionsbestände an, ohne die zeitgenössischen Machthaber zu vernachlässigen. Der Gesamteindruck des Vortrags veranlaßte Heideggers jüdischen Schüler Karl Löwith zu der vornehm-ironischen Distanzierung, man wisse nicht, „ob man Diels' *Vorsokratiker* in die Hand nehmen soll oder mit der S.A. marschieren".[31]

Heideggers Rede mit ihrer eigentümlichen Amalgamierung politischer und philosophischer Denkfiguren ist strikt antiliberal ausgerichtet. Das Verhältnis von Führung und Gefolgschaft ersetzt die akademische Freiheit, die als „unecht, weil nur vernei-

---

27 Vgl. ebd., S. 51, die bezeichnende Passage: „Der Freiheit der Lehre entspricht die Freiheit des Lernens. Keine Autorität, keine vorschriftsmäßige Lebensführung und schulmäßige Studienleitung darf den Studenten beherrschen. Er hat die Freiheit zu verkommen."

28 Zum historischen Kontext vgl. Hugo Ott, Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie, Frankfurt u. New York 1988, S. 138–166, und Bernd Martin, Martin Heidegger und das ‚Dritte Reich'. Ein Kompendium, Darmstadt 1989.

29 Martin Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, in: ders., Reden und andere Zeugnisse eines Lebensweges, Frankfurt am Main 2000 (Martin Heidegger Gesamtausgabe I/16), S. 107–117, hier S. 108; ebd., S. 116, das vorige Zitat. Heideggers gewaltsamen Denkstil analysiert: Brandt, Universität (wie Anm. 19), S. 167–195; daneben nach wie vor instruktiv: Alexander Schwan, Politische Philosophie im Denken Heideggers, Opladen 1986.

30 Heidegger, Selbstbehauptung (wie Anm. 29), S. 114.

31 Karl Löwith, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht. Mit einer Vorbemerkung von Reinhart Koselleck und einer Nachbemerkung von Ada Löwith, Frankfurt am Main 1989, S. 33; Heidegger, Selbstbehauptung (wie Anm. 29), S. 114, das vorige Zitat.

nend" kritisiert wird.[32] Damit einher geht eine Ablehnung der kosmopolitischen Tradition der deutschen Universität, weil sie mit einer völkischen Verwurzelung und Orientierung dieser Institution unvereinbar sei. Heideggers Traum, den Führer zu führen, war allerdings schon bald ausgeträumt. Wie manch anderer Intellektueller mußte er erkennen, daß die Nationalsozialisten eine philosophische Legitimation ihrer Politik weder benötigten noch wollten. Der von ihm erwünschte Wettkampf an den Universitäten mündete in der „stumpfe[n] Öde der Zwangsnivellierung", und die energisch betriebene Großforschung vermochte die innere Hohlheit und die Fehlentscheidungen eines autoritär verfaßten Wissenschaftssystems nicht zu kompensieren.[33]

Mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus war die Vorstellung einer völkischen Universität hoffnungslos desavouiert. Dennoch kam es im Hochschulbereich – wie in der Gesellschaft generell – kaum zu Versuchen eines grundlegenden Neuanfangs. Statt dessen orientierte man sich an der Welt, wie sie vor 1933 bestanden hatte, und beschwor den inneren Zusammenhalt der akademischen Gemeinde. Zu den hellsichtigsten Denkern zählte Karl Jaspers. Zwar enthielt die Neuauflage seiner Schrift „Die Idee der Universität" nicht allzu viele Passagen über die Zeit des Nationalsozialismus, doch ließen diese an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. Zudem äußert er sich nun ausgesprochen kritisch über die Schattenseiten einer ausschließlich korporativ organisierten Universität, die bei Berufungen zu kleinlichen Intrigen und intellektueller Risikoscheu neige. Externe Entscheidungshilfe sei deshalb in Personalfragen unabdingbar.[34]

So wichtig für jede Einrichtung ihre geschichtliche Tradition ist, an der Universität kann es nie primär oder gar ausschließlich um Hagiographie gehen. Die modernen Hochschulen brauchen eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit, wenn sie als Bildungseinrichtungen glaubwürdig sein wollen. Dies sollte gerade anläßlich von Universitätsjubiläen herausgestellt werden, die gleichermaßen Gelegenheit zu historischer Forschung *und* institutioneller Selbstvergewisserung bieten. Nach den Versäumnissen der Vergangenheit wundert es nicht, daß in Marburg primär die Erforschung des „Dritten Reichs" auf der Tagesordnung stand. Der reiche Ertrag der Jubiläumsanstrengungen illustriert nicht nur, welche Energien dieses Thema zu wecken vermag, sondern auch wie weit wir noch von einer umfassenden Historisierung des Nationalsozialismus entfernt sind.[35] Im Unterschied zu diesen

---

[32] Ebd., S. 113.

[33] Löwith, Leben (wie Anm. 31), S. 35; generell zu den Veränderungen des Wissenschaftssystems nach 1933: Ulrich Sieg, Strukturwandel der Wissenschaft im Nationalsozialismus, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 24 (2001), S. 255–270.

[34] Karl Jaspers, Die Idee der Universität, Berlin u. Heidelberg 1946 (Schriften der Universität Heidelberg, H. 1), S. 62f. Die Affen im „heiligen Hain von Benares" betrachtet Jaspers, ebd., S. 64, als Musterbeispiel gelehrten Revierverhaltens: „Auf jeder Kokospalme sitzt ein Affe, alle scheinen sehr friedlich und kümmern sich gar nicht umeinander, wenn aber ein Affe auf die Palme eines anderen klettern möchte, so gibt es eine wilde Abwehr durch Werfen von Kokosnüssen."

[35] Aus der im Umfeld der 475-Jahrfeier entstandenen Literatur vgl. Gerhard Aumüller u.a. (Hg.), Die Marburger Medizinische Fakultät im „Dritten Reich", München 2001 (Academia Marburgensis 8); Jochen-Christoph Kaiser, Andreas Lippmann, Martin Schindel (Hg.), Marburger Theologie im Nationalsozialismus. Texte zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät im Dritten Reich, Neukirchen-Vluyn 1998; Margret Lemberg, „ ... eines deutschen akademischen Grades unwürdig".

stark empirisch ausgerichteten Untersuchungen konzentrieren sich die im vorliegenden Band vereinigten Beiträge auf die langen Linien der Universitätsgeschichte und auf offene hochschulpolitische Fragen. Dabei sollte die Beschäftigung mit der „Idee der Universität" kein Selbstzweck sein, sondern der Orientierung in den vielfältig aufgeladenen bildungspolitischen Debatten der Gegenwart dienen.

Die deutsche Universität steht gegenwärtig vor einer schwierigen Doppelaufgabe. Sie muß ihre klassischen Begriffe in eine moderne Sprache übertragen und Lösungsmöglichkeiten für die aktuell anstehenden Probleme präsentieren, wenn sie ihren privilegierten Status als staatlich unterstützte Institution bewahren und zugleich an Autonomie gewinnen will. Genau hier setzte das Konzept der Ringvorlesung „Die Idee der Universität heute" an, die anläßlich des 475-jährigen Jubiläums der Marburger Philippina in der symbolträchtigen Alten Aula stattfand. Ihre Organisatoren teilten die Überzeugung, daß die Universität eine Vorstellung von sich selbst brauche, wenn sie den Aufgaben der Zukunft gewachsen sein will. Zum anderen hegten sie die Hoffnung, das „symbolische Kapital" (Pierre Bourdieu) der deutschen Universität werde auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch nicht erschöpft sein. „‚Totgesagte leben länger'" hieß es plakativ in der Ankündigung der Vorlesungsreihe, die gleichzeitig darauf verwies, daß „scharfe Kritik wie heftige Debatten noch stets zu den Begleiterscheinungen universitärer Erneuerung gehörten".[36]

Ideen liegen nicht selten in der Luft, und so war es auch in diesem Fall. Im nachhinein ließ sich nicht mehr rekonstruieren, wer auf die Idee für diese Vorlesungsreihe kam. Sie entsprang einem Gespräch der Herausgeber dieses Bandes und entfaltete umgehend ein Eigenleben. So stieß die geplante Ringvorlesung bei vielen auf Interesse, die für die Philipps-Universität Verantwortung tragen. Der damalige Universitätspräsident Horst Kern, ihr Kanzler Bernd Höhmann sowie der Vorsitzende des Marburger Hochschulrats und Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung Wilhelm Krull nahmen konstruktiv Anteil an der Vorbereitung und sorgten für die notwendige materielle Unterstützung des Projekts. Generell ging es um die Schaffung eines öffentlichen Raums, in dem nicht nur über das historische Erbe, sondern auch über die Zukunft der Universität debattiert werden sollte. Dies hatte zur Konsequenz, daß Einladungen nicht nur an ausgewiesene Wissenschaftler, sondern auch an engagierte „Praktiker" des Hochschulsystems ergingen, die von ihren Erfahrungen bei der Durchsetzung von Reformvorhaben berichten sollten. Zu allererst aber galt es, ein differenziertes und anschauungsreiches Bild der abendländischen Universität zu gewinnen.

In der weiten Perspektive des Mediävisten stellt Peter Moraw heraus, daß die Universität nie nur regionalen Charakter, sondern stets auch universale Bezüge besaß.

Die Entziehung des Doktortitels an der Philipps-Universität Marburg 1933–1945, Marburg 2002; Andreas Lippmann, Marburger Theologie im Nationalsozialismus, München 2003 (Academia Marburgensis 9); Anne Chr. Nagel (Hg.), Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, bearb. von ders. u. Ulrich Sieg, Stuttgart 2000 (Pallas Athene 1; Academia Marburgensis 7), sowie Holger Zinn, Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945, Würzburg 2002 (Abhandlungen zu Studenten- und Hochschulwesen 3).

[36] „Die Idee der Universität heute". Ringvorlesung zur 475-Jahrfeier der Philipps-Universität, in: Sonntag-Morgenmagazin Nr. 42 vom 21. Oktober 2001, S. 21.